

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 85 846 ppbn d

Inhalt

Klaus Kübler MdB weist den Rühl-Angriff auf die Evangelische Kirche scharf zurück. Seite 1

Egon Lutz MdB, Obmann der Sozialdemokraten im Arbeitsausschuß des Bundestages, bewertet die Arbeitsmarktdaten des Monats Juli. Seite 2

Joachim Poß MdB, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Gelsenkirchen, verbittet sich weitere störende Manöver von Horst Niggemeyer. Seite 4

Dokumentation

Peter Nellen am 4. Dezember 1959 über die Unmöglichkeit, mit der Atombombe Politik zu machen. Seite 5

38. Jahrgang / 147

4. August 1983

Handelt die Regierung noch nach der Verfassung?

Der Angriff auf die Evangelische Kirche muß zutiefst erschrecken

Von Klaus Kübler MdB

Nachdem Bundesfamilienminister und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler im Frühsommer behauptet hat, die Pazifisten der 30er Jahre seien die Wegbereiter von Auschwitz gewesen, greift jetzt im Hochsommer der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Lothar Rühl, die Evangelische Kirche wegen ihrer Rolle in der Friedensdiskussion an.

Die Evangelische Kirche in Deutschland ist stark und selbständig genug; diese Vorwürfe zurückzuweisen. Sie hat dies auch bereits getan.

Aber: CDU und CSU gehen immer mehr dazu über, Kritiker ihrer Politik in die Ecke von Verfassungsfeinden zu stellen. Ein weiterer Höhepunkt in dieser Kampagne von CDU und CSU, Regierungskritiker zu Verfassungsfeinden zu machen, ist der Angriff auf die EKD. Dies zeigt: Die neue Regierung in Bonn scheint sich sehr stark zu fühlen, wenn sie glaubt, die Evangelische Kirche in dieser Form angreifen zu können.

Nicht diejenigen sind Verfassungsfeinde, die in einer demokratischen Staatsordnung politische Kritik an einer Regierung üben. Es muß vielmehr die Frage aufgeworfen werden, ob diejenigen, die Regierungskritiker zu Verfassungsfeinden machen, selbst noch verfassungsmäßig handeln. Rühl und die CDU sowie die CSU müssen sich fragen lassen, ob sie sich durch ihre Angriffe gegen die EKD selbst außerhalb unserer Verfassung stellen.

Das Demokratieverständnis der Regierung ist nicht nur verfassungsrechtlich erschreckend, sondern auch politisch gefährlich. Die CDU/CSU geht konsequent den Weg des politischen Abbaus von Demokratie. Ihr politischer Leitspruch wird immer klarer: Weniger Demokratie ist besser für unser Volk.
(-/4.8.1983/bgy/va)



Trend zeigt weiter nach unten

Der Arbeitsmarkt im Juli: Nur Berufsoptimisten jagen ihren Illusionen nach

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Soziales des Bundestages

Im Juli hat sich die Arbeitsmarktlage weiter verschlechtert. Rund 75.000 Arbeitslose sind dazugekommen, insgesamt sind jetzt 2,2 Millionen bei den Arbeitsämtern gemeldet. Die Arbeitslosenquote liegt jetzt bei 8,9 Prozent. Allein fast 200.000 arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren wurden gezählt, das sind rund 30.000 mehr als im Juni. Auch diese Zahl unterstreicht die Notwendigkeit des von der SPD-Bundestagsfraktion vorgelegten "Sofortprogramms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit".

Die Bundesanstalt für Arbeit sieht für den Ausbildungsstellenmarkt eine "günstigere Tendenz". Ich kann mich dieser Interpretation nicht anschließen. Nach Angaben der Bundesanstalt ist die Zahl der noch nicht vermittelten Lehrstellenbewerber fast um die Hälfte höher als vor einem Jahr, die persönliche Lehrstellengarantie des Bundeskanzlers hat nichts bewirkt.

Seit der Wende ist die Zahl der Arbeitslosen um 400.000 angestiegen. Wenn man die Entwicklung weiter rechnet, ist im nächsten Winter eine Arbeitslosenzahl von drei Millionen erreicht. Nur eine drastische Verkürzung der Arbeitszeit kann den weiteren Anstieg der Massenarbeitslosigkeit verhindern. Die Rechtskoalition setzt dieser Erkenntnis die absolute beschäftigungspolitische Untätigkeit entgegen. Von den Konservativen werden mit beachtenswerter Treffsicherheit die falschen Themen zur falschen Zeit diskutiert, zum Beispiel das



Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit. Was in diesem Zusammenhang als "Entstaatlichung" gefordert wird, ist Unsinn. Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt sind frei, die Bundesanstalt für Arbeit monopolisiert diesen Markt nicht. Arbeitgeber und Arbeitnehmer können ungehindert direkten Kontakt miteinander aufnehmen - und tun dies ja auch. Daß der Arbeitsmarktausgleich nicht funktioniert und Lehrstellenbewerber in großer Zahl unversorgt bleiben, liegt nun wirklich nicht an der Arbeitsverwaltung. Auch private Vermittler können keine zusätzlichen Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Private Vermittler könnten aber die Notlage der Arbeitsplatz- und Ausbildungsstellen-suchenden ausnutzen. Deshalb muß es bei der einheitlichen, unparteiischen und unentgeltlichen Beratung und Vermittlung durch die Arbeitsämter bleiben.

Die Konservativen wollen den Sozialabbau intensivieren. An den kürzlich bekanntgewordenen neuen Denkübungen gemessen, sind die Greuelthaten der Haushaltsbegleitgesetze '83 und '84 harmlose Schnippeleien an den Rändern des Sozialstaates. Mittelfristig soll das Eingemachte zielstrebig zerstört, man muß fast sagen - "aus dem Markt genommen" - werden. Sämtlichen Schutzgesetzen für Frauen, Behinderte und Jugendliche soll es an den Kragen gehen, ebenso soll die Tarifautonomie dran glauben. Der Rückfall in den Frühkapitalismus soll Arbeitsplätze schaffen? Daran glauben nicht einmal die Erfinder der neuen Thesen. Die Massenarbeitslosigkeit ist der Anlaß, die tragenden Säulen des Sozialstaates abzureißen, die Wende ist noch lange nicht zu Ende.

(-/4.8.1983/bgy/va)

+ + +



Horst Niggemeier und die Kommunisten

Der streitbare Sozialdemokrat aus Datteln stört unseren Integrationskurs

Von Joachim Poß MdB

Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Gelsenkirchen und Mitglied des Parteirates der SPD

Die "Welt am Sonntag" berichtete am 24. Juli 1983 unter der Schlagzeile "SPD-Landesvorstand gegen Aktion mit DKP", daß Horst Niggemeier in einem Brief an Peter Glotz neue Aktionseinheiten zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten kritisiert hat. Horst Niggemeier, der mir persönlich nicht mal unsympathisch ist, hat Zeit seines politischen Lebens solche Aktionseinheiten gewittert, meistens dort, wo nicht einmal der leiseste Anhaltspunkt existierte. Ich will mich auch nicht mit diesem Brief auseinandersetzen, er steht ja lediglich in einer langen Reihe von Reden und Schriften des Horst Niggemeier. Um es klar zu sagen: Ich habe den Krefelder Appell nicht unterschrieben und politischen Freunden abgeraten, dies zu tun.

Ich greife den Vorgang auf, weil mich maßlos ärgert, daß durch solche Schreiben ohne Not die Sozialdemokratie in ein "schiefes Licht" gerät. Daß dies von manchen Presseorganen begehrtlich aufgegriffen wird, verwundert nicht. Horst Niggemeier ist ja auch Kommentator der "Bild"-Zeitung, die immer wieder durch ihre "extreme Freundlichkeit" gegenüber der SPD auffällt. Und die Kommunisten würden in ihrer politischen Bedeutungslosigkeit kaum noch registriert, wäre da nicht Freund Niggemeier.

Nach meiner Auffassung ist es an der Zeit, deutlich zu machen, daß Horst Niggemeier nicht repräsentativ für die westfälische SPD ist (was ich für mich auch nicht in Anspruch nehme).

Bei aller Toleranz unterschiedlicher Meinungen, die für die SPD notwendig ist, muß ausgesprochen werden, daß Niggemeier nicht die Inkarnation der Arbeiterbewegung ist, sondern im politischen Spektrum eher eine Randfigur darstellt.

Aus jahrelanger Beobachtung seiner politischen Turnübungen mache ich ihm im wesentlichen drei Vorwürfe, die an dieser Stelle leider kurzgefaßt werden müssen:

1. Mit seinen Reden und Artikeln erweckt Niggemeier seit Jahren den fatalen Eindruck, ohne ihn ausdrücklich auszusprechen, daß diejenigen, die seine sicherheitspolitischen Positionen nicht teilen, Kommunistenfreunde seien. Dagegen verwehre ich mich entschieden. Inhaltlich habe ich weitgehend die gleiche Bewertung des Kommunismus wie Niggemeier. Ich bin jedoch dagegen, daß innenpolitisch ein Popanz geschaffen wird, den es so gar nicht gibt.
2. Niggemeier ist sicherlich ein verdienter Sozialdemokrat, gleichwohl eignet er sich in besonderer Weise als Kronzeuge gegen die eigene Partei, als Stichwortgeber für die CDU/CSU. Man hat gelegentlich den Eindruck, daß er die ideologische Nähe zur CDU eher sucht als das Gespräch und den Kompromiß in der eigenen Partei.
3. Leute wie Horst Niggemeier sind meines Erachtens mitverantwortlich für das Erstarken grün-alternativer Gruppierungen und damit objektiv für die Schwächung der Sozialdemokratie. Sie haben zum Beispiel die Diskussion um neue Werte in der Lebensgestaltung der jungen Generation nicht mal im Ansatz erkannt.

Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: Ich habe hier den streitbaren Sozialdemokraten Niggemeier angesprochen, nicht den IGBE-Pressesprecher oder... oder... Nach meiner festen Überzeugung benötigt die SPD auf ihrem schwierigen Weg einer neuen Vertrauensbildung für ihre Führungsfunktionen keine selbsternannten Hilfssheriffs für politische Hygiene und Eiferer (die ja nicht nur auf einem Flügel anzutreffen sind), sondern Menschen, die willens und in der Lage sind, nach klaren inhaltlichen Prioritäten zu integrieren. Horst Niggemeier, der mir meine scharfe Beurteilung hoffentlich nicht persönlich nachträgt, stört nach meiner Meinung die erfolgreiche und behutsame Integrationsarbeit von Hermann Heinemann im SPD-Bezirk Westliches Westfalen und Johannes Rau im Lande Nordrhein-Westfalen. + + + (-/4.8.1983/bgy/va)

D O K U M E N T A T I O N

Der 1969 verstorbene frühere Bundestagsabgeordnete Peter Nellen hat am 4. Dezember 1959 in Würzburg auf einer Veranstaltung des Komitees gegen Atomrüstung eine Rede gehalten, die sich mit der Atombombe und der Politik beschäftigte. Nellen, der 1960 von der CDU in die SPD übertrat, wurde nach dieser Rede aus der Union scharf angegriffen, ohne daß damals der Text der Rede des Politikers wirklich Grundlage der Auseinandersetzung gewesen wäre. Der SPD-Pressedienst veröffentlicht Teile des Nelles-Beitrages aus dem Jahre 1959, weil seine Ausführungen auch heute noch aktuell sind. Der vollständige Redetext wurde im Februar 1960 von den "Gewerkschaftlichen Monatsheften" publiziert.

Kann man mit der Bombe leben?

"Niemand kommt an dem quälenden Problem vorbei: mit Verteidigungsmitteln ausgerüstet zu sein, deren Einsatz im Ernstfall wegen der zumindest nicht auszuschließenden, wahrscheinlich sogar drohenden Totalkatastrophe sinnlos, unsittlich und unerlaubt ist. Die gesamte Weltpolitik ist deswegen in einer Lage, die über unsere Vorstellung geht und unsere sittliche und politische Kraft und Fähigkeit zur Verantwortung und Entscheidung überfordert. Die atomare Rüstung der beiden großen Machtblöcke hält zwar die Welt für eine höchst gefährliche Übergangszeit in Schach und in 'atomarem Frieden'. Aber wie lange? Es ist ein militärisch, politisch, sittlich denkbar labiler, gefährlicher und gefährdeter Zustand. Meiner Meinung nach, die von vielen geteilt wird, die wie ich mit schweren Bedenken für eine atomare zwischenzeitliche Rüstung eingetreten sind, würde uns der Ernstfall, wenn er unvermeidlich wäre, vor ein ganz neues politisches und sittliches Problem von überdimensionalem Ausmaß stellen. Um es offen zu sagen, ich halte das Risiko des Ernstfalles für unerlaubt und unmöglich in jedem Fall.

Hier steckt die wahre Paradoxie all unserer Pläne und Entscheidungen. Sie sind überhaupt nur denkbar und erlaubt als ein ebenso paradoxer Versuch, den Ernstfall zu vermeiden und die allgemeine Abrüstung zu erzwingen. Nach Hiroshima und Nagasaki können wir uns über das Ausmaß einer möglichen Katastrophe nicht mehr täuschen; noch weniger können wir uns darüber beschwichtigen lassen...

Wir kommen hiermit an einen Punkt, wo wir aussprechen müssen: Auf die Dauer kann man mit der Atombombe nicht leben, noch kann man sich mit ihr sinnvoll verteidigen. Ich bitte Sie, wirklich allen Ernstes darüber nachzudenken, Schlagworte und Parolen helfen uns nicht weiter, auch nicht Halbwahrheiten und Schweigen. Es dürfte klar sein, daß tatsächlich alle atomaren Verteidigungsmaßnahmen bestenfalls unter Furcht und Zittern für eine Übergangszeit nicht absolut verboten sind. Aber wegen ihrer inneren Sinnlosigkeit und Gefährlichkeit muß alles getan werden, damit die Politik - um es deutlich zu sagen - von einem tödlichen Machtdenken zu einem Friedensdenken kommt. Man schleudere mir nicht entgegen, ich möge das doch den Russen erzählen. Wenn ich 'Friedensdenken' sage, meine ich zuerst einmal die Hinwendung auf das allgemeine vitale Interesse, zu überleben und zwar auch in den beiderseitigen gesellschaftlichen Systemen. - Dieses Interesse aber haben beide Machtblöcke. - Das Friedensdenken ist die notwendige, unentbehrliche politische und sittliche Voraussetzung für alle Abrüstungsbemühungen, die über Deklamationen hinausgehen und nicht ohne Hoffnung auf den rettenden Erfolg bleiben sollen.



Theodor Heuss hat in einer seiner Neujahrsansprachen - von vielen ihm sehr übelgenommen - gesagt: Das Machtdenken und die Vorstellung vom Krieg als einem sinnvollen Mittel der Politik seien zerplatzt. - Der Krieg als ein anderes, letztes Mittel der Politik ist nicht mehr sinnvoll möglich, weil der Einsatz der heute verfügbaren, ja schon militärisch offen eingeplanten Mittel mit größter Wahrscheinlichkeit weder Sieger noch Besiegte übrigläßt, weil er in einem totalen Untergang alles vernichtet. Daß ein atomarer Ernstfall für das gesamte deutsche Territorium mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit eine Katastrophe von unvorstellbarem Ausmaß wäre, das Ende Deutschlands, seinur am Rande, aber darum nicht weniger ernst vermerkt...

Unser heutiger politischer Gegner im Weltmaßstab ist uns nach seiner Ideologie, die wir scharf abweisen, nach seiner imperialen Macht, nach seiner innen- und außenpolitischen Praxis bekannt. Wir hüten uns, ihn zu unterschätzen. Es gibt kaum etwas, was wir uns weniger wünschen und schärfer ablehnen.

Und doch bestreiten wir, daß man selbst im schlimmsten Falle restlos an ihn verloren sei. Ich denke einerseits nicht daran, das System des Kommunismus weltanschaulich oder politisch zu verharmlosen. Andererseits aber denke ich noch weniger daran, ihm die übermenschliche und überteufliche Kraft zuzuschreiben, die ihm unterworfenen Völker moralisch total zerstören zu können. Ich fürchte, in einer Auffassung, die ihn für stärker hält als selbst den Teufel, der uns nicht moralisch zwingen kann, zeigt sich ein schrecklicher Mangel an Kraft und Glaube. Es gibt Leute, die ihre mehr oder weniger zutreffenden Vorstellungen über das System des Kommunismus, seine Ideologie, seine politische Macht, seine Methoden haben. Sie möchten deswegen auf keinen Fall gezwungen sein, unter diesem System zu leben, und in einer Auseinandersetzung wünschen sie noch nicht einmal, zu überleben. Wenn sie sich diesem Kommunismus gegenübersehen, sagen sie: Wir nehmen das Leben nur unter bestimmten, eben nichtkommunistischen Umständen an. Das allein sind für uns lebenswerte Bedingungen. Andernfalls machen wir von uns aus einen Punkt unter die Geschichte und sind entschlossen, in die Katastrophe des totalen Untergangs für alle und mit allen zu gehen. Man sollte sich aber darüber klar sein, daß man sich damit in einen unchristlichen Selbstmord stürzt, in den Abgrund einer angeblichen 'Manifestation der Ehre Gottes'. Das hat gerade noch gefehlt. Damit sinken wir auf den tiefsten Punkt der Verzweiflung, fern von Glaube und Hoffnung. Wir wären dann nicht mehr bereit, aus der Hand Gottes, des Herrn einer uns sehr unbequemen, uns schrecklich prüfenden Geschichte, eine weitere Frist der Existenz und des möglichen Wiederaufstiegs anzunehmen.

Ich weiß nicht, ob Sie den Grad der Perversion des Menschlichen und Christlichen erkennen, der hier erreicht wird. Als 'christlicher Demokrat' wird man gewiß das Recht, vielleicht sogar die Pflicht haben, auf diese so moderne, weit verbreitete, uns zutiefst schwächende Form der Verzweiflung mit großer Sorge hinzuweisen. Diese Verzweiflung äußert sich unter anderem in dem gewiß nicht zu Ende überlegten Wort: Lieber tot als rot! Wir erinnern uns eines ähnlich katastrophalen Wortes, das unseren Untergang fast heraufbeschworen, unsere bisher größte nationale Katastrophe über uns gebracht hat: Lieber tot als Slav! Sollten wir das wirklich ernst meinen, so können wir damit in das frivole Spiel des totalen Untergangs der Menschheit hineintorkeln. Selbst wenn wir dieses Wort für unser privates, individuelles Leben durchgehen lassen, so geht das keinesfalls für die Nation und die Menschheit. Es ist eine verkürzte, unrechte Alternative. Sie wird der vollen geschichtlichen, politischen und sittlichen Wirklichkeit nicht gerecht. In ihr spricht sich eine 'Lust am Untergang' aus, nicht selten sogar an einem ethisch und pseudoreligiös als Manifestation der Ehre Gottes verbrämten Untergang.



Keine Politik hat das Recht, durch ihre Entscheidung diesen 'totalen Ernstfall' zu riskieren, die Tür mit einem atomaren Knall zuzuschlagen und damit die Entscheidung Gottes über die Geschichte, ihren Weitergang oder ihr Ende für Nationen oder gar die Menschheit willkürlich vorwegzunehmen. Kein Volk hat das Recht, in einer Art von Selbstmord seinem Überleben als Nation, seiner nie auszuschließenden Wiederauferstehung als Staat, seinen Möglichkeiten, die verlorene Freiheit zurückzugewinnen, ein Ende zu setzen. Kein christlicher Politiker hat das Recht, den Schlußpunkt des Auslöschens ins Auge zu fassen oder zu riskieren. Das hat die Mehrheit des Bundestages keinesfalls getan. So einfach war das nicht am 25. März 1958. Aber wir stehen in einer ungeheuer paradoxen Situation: 'Wer die Freiheit, so wie wir sie haben und verstehen, atomar verteidigen will, kann das Risiko des totalen atomaren Untergangs nicht ausschließen.'

Es kommt auf den unbedingten Willen an, die volle Wirklichkeit der heutigen Politik, einschließlich einer möglichen Totalkatastrophe, zu sehen, zu erkennen und auszusprechen. Wir müssen darüber mit Politikern der Koalition und Opposition sehr entschieden, ohne bei vorletzten Fragen hängen zu bleiben oder uns aufhalten zu lassen, diskutieren. Veranstaltungen wie dieser heutige Abend sollen verhindern, daß wir eine sozusagen zwangsläufige Entwicklung, eine Art Automation der Katastrophe, annehmen. Damit würde die einzig erlaubte Sorge um die mögliche Verhinderung dieser Katastrophe und die Frage nach der politischen und sittlichen Unerlaubtheit des 'Ernstfalles' verstummen. Deswegen müssen wir alle ein großes politisches und sittliches Fragezeichen hinter die Worte setzen: Kann man mit der Atombombe leben, kann man sich im Ernstfall mit ihr verteidigen. Auf die Dauer kann man mit ihr nicht leben! Im 'Ernstfall' kann man sich mit ihr nicht verteidigen!"

(-/4.8.1983/bgy/va)

+ + +

